

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Günther, CDU-Fraktion.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Er hat eine Rede gehalten wie auf einem Parteitag.)

(Glocke der Präsidentin)

Abgeordneter Günther, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, hier und heute, denke ich, ist nicht Panikmache, sondern Vernunft angesagt - dies vorab.

Fakt ist, wir haben eine Finanzkrise. Fakt ist aber auch, dass der Krise rasch und nachhaltig auf Bundesebene begegnet wurde.

(Beifall CDU)

Fakt ist weiter, die Wirtschaftsexperten sehen Deutschland am Rande einer Rezession, die bis weit ins nächste Jahr andauern könnte. Fakt ist aber auch, dass Rezession heißt, dass der wirtschaftliche Output über mindestens zwei aufeinanderfolgende Quartale schrumpft. Ein Wachstum von 0,2 wäre daher für mein Verständnis als Stagnation zu bezeichnen. Hier müssen wir allerdings die weiteren Prognosen, aber auch statistische Ergebnisse abwarten. Für das vergangene Quartal können wir solche Argumente schlichtweg nicht bestätigen. In den Bereichen Industrie, Umsatz/Absatz auf dem inländischen Markt, Auslandsabsatz, Exportquote und Beschäftigungsentwicklung konnte Thüringen im Vergleich zu den Vorjahresmonaten und im bundesdeutschen Vergleich ein sehr gutes Ergebnis erzielen. Lediglich der Umsatz je Beschäftigten stieg langsamer als im gesamtdeutschen Vergleich, aber er stieg. Genaue Zahlen möchte ich uns ersparen, die hat sich jeder von Ihnen in den Meldungen des Statistischen Landesamts sicherlich angesehen und diese nachgelesen. Angesichts einer solchen Entwicklung ist es falsch, schon jetzt von umfassender Rezession zu sprechen. Natürlich möchte ich eine ernste Lage nicht schönreden; die weltweite Krise der Finanzsysteme wird neben den unweigerlich tiefen und schweren Einschnitten in die Gesellschaften, an deren Anfang wir jetzt stehen, mit Sicherheit Auswirkungen auf die Realwirtschaft haben. Vielfach angesprochen wurde heute der Bereich „Automotive“. Wie tiefgreifend und wie intensiv sich diese für Thüringen auswirken werden, kann man zurzeit nicht absehen. Noch sprechen die Wirtschaftsdaten für einen robusten Zustand vor allem des industriellen Sektors in Thüringen. Wir müssen aber mit einem Nachfrageeinbruch rechnen und davor die Augen zu verschlie-

ßen, wäre schlichtweg verantwortungslos. Insgesamt kommt es aus meiner Sicht darauf an, das Vertrauen der Konsumenten nicht ins Bodenlose sinken zu lassen. Es ist jetzt wichtig, den Konsum zu stützen. Hier finde ich mit meiner Fraktion den Gedanken bzw. die Aufforderung von Prof. Straubhaar sinnvoll, jedem Bürger eine Steuergutschrift zukommen zu lassen.

Wir können hier und heute nur die Fakten präsentieren, die sich uns heute darstellen, und müssen daraus die richtigen Schlüsse und notwendigen Konsequenzen ziehen. Natürlich gibt es Industriezweige, die einen Abschwung schneller spüren als andere. Jeden werden die Meldungen der Automobilbauer in den Ohren klingen und natürlich auch der nachgelagerten Zulieferer. Gerade hier ist die Sorge insbesondere berechtigt. Auch andere große Konzerne weltweit geben Horrormeldungen heraus. Ich nenne hier neben den Automobilbauern nur den Bereich Sony. Was aber bewirken diese Meldungen? Sie verunsichern. Angesichts solcher Meldungen werden Menschen ihr Geld zusammenhalten und keine Investitionen tätigen, die nicht auch noch ein Jahr länger warten können. Gerade wenn es um so große Ausgaben für eine Familie wie um ein Auto geht. Das Ergebnis ist eine sinkende Binnennachfrage mit dem Effekt, je mehr wir uns in die Vorstellung einer Krise bewegen, umso schneller und sicherer wird uns diese Krise auch erreichen; das dürfen wir nicht zulassen, meine Damen und Herren. Daher sollen und werden wir auch kein Unternehmen im Stich lassen, welches kurzfristige Hilfe benötigt. Was wir sicher brauchen werden, sind Überbrückungshilfen für Unternehmen, die kurzzeitig durch die Finanzkrise in Schieflagen geraten sind oder weitere vertrauensbildende Maßnahmen der Landesregierung, die insgesamt zu einer Stabilisierung der Lage führen.

(Beifall CDU)

Eines darf jetzt jedenfalls nicht passieren, dass wir im Strudel der Finanzkrise Arbeitsplätze verlieren und der erfreuliche Beschäftigungsaufbau vor allem in der Industrie der letzten Jahre stehen bleibt oder sich gar umkehrt. Damit verbindet sich ein Appell auch an die Unternehmen, jetzt nicht die Nerven zu verlieren und mit einer gewissen Zuversicht und mit Besonnenheit auf das Aufgebaute und Erreichte zu vertrauen.

(Beifall CDU)

Personalabbau muss das letzte Mittel sein. Wir müssen uns verdeutlichen, worum es überhaupt geht, und es ist tatsächlich keine Kleinigkeit. Es geht um das Vertrauen der Bürger in Politik, in die soziale Marktwirtschaft, in die sozialen marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in die Maßnahmen und im Er-

gebnis auch, wie die politisch Verantwortlichen es verstehen, Klarheit zu schaffen in den Fragen nach der wirtschaftlichen Entwicklung, nach den Sorgen der Bürger um ihr Ersparnis, ihr Konto und schließlich auch um ihre Altersvorsorge. Hier muss Vertrauen geschaffen werden. Ich kann Sie daher nur auffordern, beschwören Sie nicht schon wieder eine extreme Krise und hören Sie auf, die Landesregierung zu unsinniger Geldvernichtung aufzufordern. Thüringen ist dank der vorausschauenden Politik der Landesregierung nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene für die Zukunft gut gewappnet und die Wirtschaft zeigt sich bislang auch äußerst widerstandsfähig.

Nun noch zu einigen einzelnen Punkten Ihres Antrags speziell. In Punkt 2 Ihres Antrags sprechen Sie Hilfsmaßnahmen für in Not geratene Unternehmen an. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Auch gerade für den Mittelstand und das Handwerk wird in der Zukunft eine gewisse Konjunkturabschwächung gesehen. Das hat mit der Finanzkrise aber nicht allein zu tun, vielmehr belasten andere Rahmenbedingungen mittelständische Unternehmen nachhaltig. Hier sind besonders die Regulierung des Arbeitsmarkts, bürokratische Hürden, insgesamt das derzeitige Konjunkturklima sowie Steuer- und Abgabenbelastung zu nennen. An diesen Punkten muss man ansetzen und genau das sind wir kontinuierlich in der Vergangenheit auch angegangen. Was aber noch viel schwerer wiegt, das ist die Tatsache, dass Sie ein solches Hilfsprogramm perfekt ausgefeilt und für alle Eventualitäten gerüstet bis November vorgelegt bekommen möchten, wahrscheinlich um es dann, wie in der Vergangenheit erlebt, in der Luft zu zerreißen. Hierzu, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchte es aber eben genaue Analysen und wohlüberlegtes Handeln und keine Schnellschüsse.

(Zwischenruf Abg. Blechschmidt, DIE LINKE: Im Bundestag haben die es in einer Woche geschafft, da werden wir das doch in einem Monat hinbekommen.)

Deshalb sagte ich am Anfang, keine Panik, sondern Vernunft ist angesagt.

(Beifall CDU)

Um es klar zu sagen: Hilfen für Unternehmer - ja, jederzeit und gern, aber eben nicht mit der Brechstange und nicht am falschen Ende. Besonders wichtig scheinen auch die sogenannten Mitnahmeeffekte, die auszuschließen sind. Denn wollen wir uns doch nichts vormachen, auf diese Mitnahmeeffekte warten doch viele, die ihre Unternehmen jetzt schon schwierig unter Dampf halten können, die springen dann auf und sagen, alles liegt an der Finanzkrise. Wir müssen unter unseren Unternehmen für Ver-

trauen werben, ihnen klarmachen, dass eine kleine Rezession bei aller Ernsthaftigkeit vorbeigeht und Investitionen sich dennoch lohnen. Hier sind die Thüringer Aufbaubank und das Wirtschaftsministerium insbesondere gefragt. Landeseigene Förderinstrumentarien sind zur Abwendung der negativen Auswirkungen der Bankenkrise auf die Wirtschaft auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen und gegebenenfalls weiter zu öffnen.

Zum dritten Punkt: Meine ganz persönliche Meinung ist, Konjunkturprogramme sind abzulehnen. Die Wirksamkeit solcher Programme steht infrage, wie Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt haben. Es wäre überhastet und würde lediglich einzelne Strohfeder setzen. Zudem wäre dies den Haushalten in keiner Weise zuträglich und wir halten an dem Neuverschuldungsverbot fest. Dem Vorziehen von Investitionen des Landes hingegen wird man sich nicht grundsätzlich verschließen. Aber auch diese Maßnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen im Vorfeld genau geprüft werden. Gerade jetzt, wo Thüringen auch unter dem Vorzeichen der Finanzkrise seinen ausgeglichenen Haushalt bewahren kann, sollte jede Form der Neuverschuldung vermieden werden. Um den Bürgern des Freistaats wie auch der ganzen Republik wirklich zu helfen, wäre es notwendig, dafür zu sorgen, dass jeder Einzelne am Ende mehr in der Tasche hat. Senkungen der Lohnnebenkosten und andere Steuersenkungen wären die richtigen Signale, um die Wirtschaft durch mehr Kaufkraft anzukurbeln. Das würde das Vertrauen nachhaltig stärken und einen Weg aus der Krise bedeuten. Neben den Regularien, die die Finanzpolitiker weltweit zu finden haben, müssen wir uns auch Gedanken machen, wie wir unsere soziale Marktwirtschaft als bewährtes Koordinatensystem erneuern können. Ein Schritt, um das Vertrauen der Menschen in die soziale Marktwirtschaft zurückzugewinnen, muss lauten, eine Haltelinie in die hemmungslose Geldgier einiger weniger Manager und Vorstände zu ziehen, damit die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland nicht noch weiter auseinandergeht. Es kann nicht sein, das sage ich auch in aller Deutlichkeit, dass Managern selbst nach Misswirtschaft obszöne Abfindungen gezahlt werden, die das Unternehmen irgendwann noch steuerlich absetzen kann und die damit am Ende den kleinen Steuerzahler mitbelasten.

(Beifall CDU)

Eine andere Frage ist die der persönlichen Haftung. Hier muss eine Regelung her, um die gravierenden Gerechtigkeitslücken zwischen Einzelunternehmern oder Familienunternehmen und den Managergehältern bei Misswirtschaft endlich zu schließen. Ich warne aber vor einer generellen Infragestellung der Trennung von Staat und Wirtschaft. Dem un-

differenzierten Ruf nach Verstaatlichung muss eine klare Absage erteilt werden.

(Beifall CDU)

Wir sollten immer daran denken, dass unser Wohlstand nicht in der Staatswirtschaft, sondern in der sozialen Marktwirtschaft begründet liegt.

(Beifall CDU)

Im Übrigen sind es die Staatsbanken, die zumindest in Deutschland die größten Schwierigkeiten haben. Eine erneuerte soziale Marktwirtschaft, und ich glaube, dass in dieser Krise auch eine Chance liegt, ist allemal besser, als staatlich dirigierte kommunistische Planwirtschaft.

(Beifall CDU)

Die Gunst Ostdeutscher zu sein, besteht gerade darin, genau das beurteilen zu können. Und ich bin froh, dass sich die Bundeskanzlerin den vorschnellen Rufen nach Verstaatlichung aus Frankreich nicht hingibt.

Meine Fraktion, liebe Kolleginnen und Kollegen, bitet die Landesregierung, Beteiligungs- und Bürgerschaftsprogramme des Landes an die Situation anzupassen. Ebenso sollte das Programm „GuW Plus“ aufgestockt bzw. weiter geöffnet werden. Dies als konkrete Vorschläge unserer Fraktion neben unserem Alternativantrag.

Mein Fazit: Kein Aktionismus, aber konzentrierte Vorbereitungen der Landesregierung auf ein Maßnahmenpaket zu möglichen Überbrückungshilfen. Genau so wenig halte ich davon, jetzt zusätzliche Milliarden im Beton zu versenken. Zumindest der Arbeitsplatzeffekt dürfte eher geringer sein. Dennoch, wenn Herr Tiefensee zusätzliche Mittel in den Infrastrukturausbau lenken will, dann werden wir uns hier nicht verweigern. Gebäudesanierung kann aber da nur ein kleiner Baustein sein. Ich denke eher an den seit vielen Jahren hoffnungslos unterfinanzierten Straßenbau.

(Unruhe CDU)

Wenn es nun zu einem zügigen Bau zum Beispiel der B 90 neu kommen könnte, wäre das eine von Nachhaltigkeit geprägte Entscheidung. Die Anbindung hätte mit Sicherheit in Schwarzza zur Folge, dass eine zweite Papiermaschine aufgestellt wird. Das würde klar bedeuten, Schaffung neuer Arbeitsplätze direkt bei Jass und natürlich auch bei den vielen Zulieferern und Handwerksbetrieben wäre die direkte Folge. Das wäre ein echt gutes Signal.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion sieht das Berichtersuchen als erfüllt an und lehnt im Übrigen die Anträge der Opposition ab. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Huster, Fraktion DIE LINKE.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Günther, nach Ihrer Rede, die ich von der Tonlage her durchaus als angenehm empfunden habe und auch manchen Inhalt habe ich als angenehm empfunden, aber nach Ihrer Rede habe ich doch noch größere Zweifel als vorher. Wenn ich nämlich Ihre Rede und Ihre Intention mit dem Antrag vergleiche, den die CDU-Fraktion hier auf den Tisch gelegt hat, dann ist es ein Unterschied zwischen Tag und Nacht.

(Beifall DIE LINKE)

Zumindest in Teilen Ihrer Rede haben Sie eine inhaltliche Begründung gegeben, warum man unserem Punkt II zustimmen muss, nämlich die Landesregierung bis November zu beauftragen, Maßnahmen für in Not geratene Unternehmen und in Not geratene Kommunen hier vorzulegen. Ich meine, dass Ihre inhaltliche Begründung, Ihre Beschreibung der Probleme, die wir haben und die auf uns zukommen, ganz und gar nicht zu dem passt, was im CDU-Antrag steht.

(Beifall DIE LINKE)

Insofern gebe ich meiner Verwirrung Ausdruck.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU:
Scheinwiderspruch!)

Vielleicht klären Sie diesen Scheinwiderspruch auf, wenn er denn nur ein Scheinwiderspruch ist.

Meine Damen und Herren, wir haben uns bereits im Oktober zur Finanzmarktkrise verständigt. Neben der Einigkeit in analytischen Fragen scheint mir an der einen oder anderen Stelle sehr stark noch zum Ausdruck zu kommen bei den Kollegen der Union, dass wir in Deutschland doch nicht ganz so stark betroffen sein werden. Ich behaupte, das ist mehr die Hoffnung, die daraus spricht, glaube aber, dass Sie in der Analyse der Krise noch nicht so tief eingestiegen sind, um das Risiko real zu bewerten bei allen Unwägbarkeiten, die vorhanden sind.